

Stadt Papenburg

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 23/II
„Altes Wasserwerk – Teil 2“**

**artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung
Brutvögel und Fledermäuse
2022**

Auftraggeber:

**BÜRO FÜR STADTPLANUNG
GIESELMANN UND MÜLLER GMBH
Raddeweg 8
49757 Werlte**

Bearbeitung:
Dipl. Biologe
Christian Wecke
Garnholterdamm 17
26655 Westerstede
Tel.: 0179-9151046

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass und Aufgabenstellung	1
2	Lage des Planvorhabens und Beschreibung des Untersuchungsgebiets.....	1
2.1	Beschreibung der Vorhabensmerkmale und -wirkungen	2
3	Methodik.....	2
4	Ergebnisse und Bewertung	3
4.1	Brutvögel.....	3
4.2	Fledermäuse	4
5	Rechtliche Grundlagen	4
6	Artenschutzrechtlichen Prognose.....	7
6.1	Prognose Vorhabenswirkungen	7
6.2	Brutvögel.....	7
6.3	Fledermäuse	8
6.4	Vertiefende Prognose.....	8
6.4.1	Brutvögel.....	9
7	Fazit und Ergebnis.....	9
8	Literaturverzeichnis.....	10
9	Anhang	11

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Lage der Vorhabenfläche im Raum der Stadt Papenburg (LK Emsland).....	1
Abbildung 2	Übersicht über die Vorhabenfläche von Osten.....	11
Abbildung 3	Übersicht über die Vorhabenfläche von Westen	11
Abbildung 4	Birke mittleren Stammholzes	12
Abbildung 5	flächig verteilter Vogelkot.....	13

1 Anlass und Aufgabenstellung

In der Gemarkung Papenburg am Deverweg mit dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 23/II die Errichtung einer Anlage mit Ladestationen für E-Mobilität vorgesehen. Für die Baufeldvorbereitung ist die Entfernung der auf der überplanten Fläche bestehenden Vegetation notwendig. Im Ergebnis einer Beurteilung durch die UNB des Landkreises Emsland können aufgrund der Beeinträchtigung durch die Habitate auf den Flächen negative Auswirkungen auf Vögel und Fledermäuse nicht ausgeschlossen werden, und es besteht die Notwendigkeit einer naturschutzfachlichen Untersuchung. Mit der hier vorliegenden artenschutzrechtlichen Potenzialabschätzung soll dargestellt werden, inwiefern durch das Vorhaben artenschutzrechtliche Belange der zu erwartenden Artengruppen berührt werden können. Als Bewertungsgrundlage wurde 2022 eine Ortsbegehung und Erfassung der Habitatstruktur durchgeführt. Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei der Baumaßnahme um einen nach § 17 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zulässigen Eingriff handelt.

2 Lage des Planvorhabens und Beschreibung des Untersuchungsgebiets

Die Vorhabenfläche liegt am Deverweg westlich des zentralen Stadtgebiets von Papenburg nördlich des Stadtparks. Die Lage der Vorhabenfläche ist in Abbildung 1 zu sehen. Die Vorhabenfläche zeigt sich als kleines Gehölz von ursprünglich wahrscheinlich selbstständig aufgewachsenen jungen Laubbäumen maximal mittleren Stammholzes Abbildung 2 und Abbildung 3. Die Vorhabenfläche wird im Nordwesten von Verkehrsflächen des Deverweges, im Osten von versiegelten Flächen einer Tankstelle und im Süden vom angrenzenden Stadtpark begrenzt. Vom Stadtpark trennt die Fläche ein Stegmattenzaun (s. Abbildung 3). Die Vegetationsstruktur im angrenzenden Stadtpark ist in diesem Bereich identisch. Naturräumlich liegt das Plangebiet in der „Ostfriesisch-Oldenburgische Geest“ und gehört nach der Zuordnung der Rote-Liste-Regionen und Zuordnung zu den biogeographischen Regionen nach FFH-Richtlinie zum Tiefland West (atlantische biogeographische Region). Im Geltungsbereich der betrachteten Fläche befinden sich keine Schutzgebiete oder nach § 30 BNatSchG geschützten Biotope.

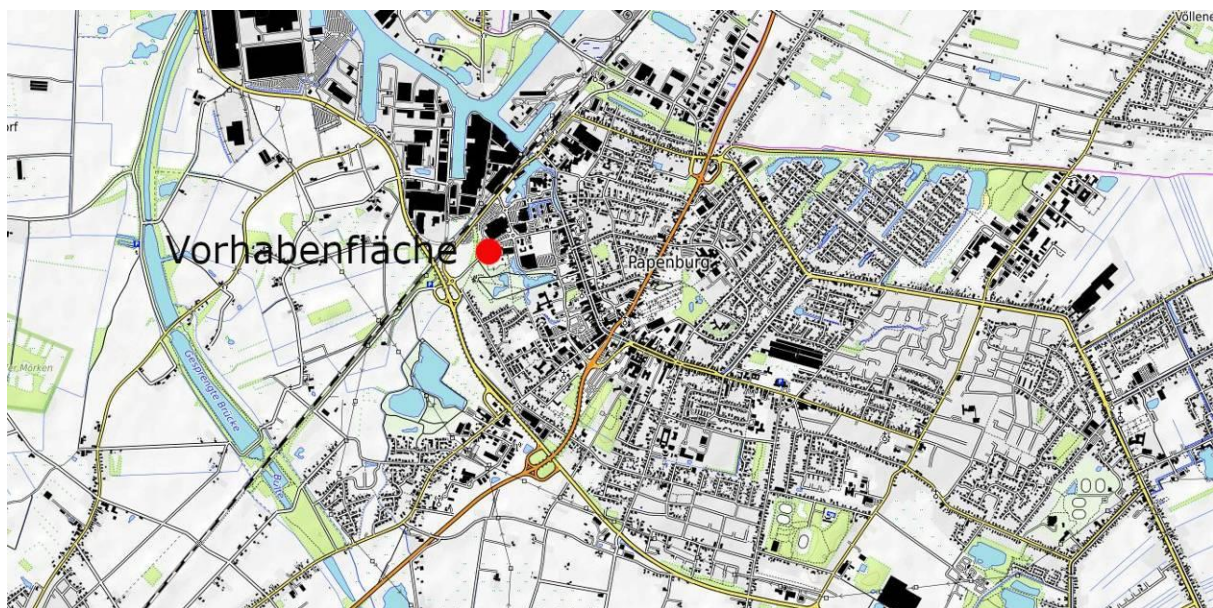


Abbildung 1 Lage der Vorhabenfläche im Raum der Stadt Papenburg (LK Emsland)
(Quelle: Verändert nach opentopomap.org)

2.1 Beschreibung der Vorhabenmerkmale und -wirkungen

Die Vorbereitung des Baufeldes für Baumaßnahmen geht mit umfassenden Erdarbeiten und der Entfernung von Gehölzen und Vegetation einher. Weitere artenschutzrechtlich relevante Eingriffe sind mit dem Vorhaben nicht verbunden.

Einsatz von Baumaschinen und Geräten

Die Einrichtung einer Baustelle erfordert für die Dauer der Baumaßnahme den Einsatz von Maschinen (Forst- und Erdbaugeräte, Transportfahrzeuge). Mit deren Einsatz sind bauzeitliche Schallimmissionen und visuelle Wahrnehmung für die gesamte Dauer der Bauphase verbunden. Die Dauer des Bauablaufs der Baumaßnahmen ist auf wenige Jahre angesetzt.

Baustelleneinrichtung

Zur Umsetzung der gesamten Baumaßnahme erfolgt die Fällung und Entfernung von Gehölzen sowie die temporäre und dauerhafte Versiegelung von Böden.

Anlage

Mit der Umsetzung der Baumaßnahmen im Zuge des VBP Nr. 23/II gehen Lebensräume für geschützte Arten dauerhaft durch bauliche Überprägung verloren.

Betrieb einer Ladestation

Mit dem alltäglichen Schall- und Lichtemissionen einer Ladestation für E-Fahrzeuge können für geschützte Arten dauerhaft Fluchtdistanzen unterschritten werden und somit Lebensräume verloren gehen.

Im Folgenden werden diese Vorhabenmerkmale und deren Wirkungen auf Tiere und Pflanzen beschrieben und tabellarisch (Tabelle 1: Wirkfaktoren des Vorhabens) dargestellt.

Tabelle 1: Wirkfaktoren des Vorhabens

Vorhabenmerkmal	Vorhabenwirkung	Bereich, Dauer und Zeitraum der Wirkungen
baubedingt		
Einsatz von Baumaschinen und Geräten	bauzeitliche Schall- und Staubemissionen, visuelle Wahrnehmung	<ul style="list-style-type: none"> im Vorhaben-/Baustellenbereich temporär für wenige Wochen
Baustelleneinrichtung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen inkl. Gehölz- und Vegetationsentfernung, Bodenverdichtung/ -versiegelung	<ul style="list-style-type: none"> Flächeninanspruchnahme auf wenigen hundert qm Fläche (Lebensraumtyp: Gehölz aus überwiegend einheimischen Gehölzarten) temporär
anlagebedingt		
Ladestation	Anlagebedingter dauerhafter Flächenverbrauch	<ul style="list-style-type: none"> im gesamten Vorhabenbereich dauerhaft
betriebsbedingt		
Nutzung / Ladebetrieb	betriebliche Schall- und Lichtemissionen, visuelle Wahrnehmung	<ul style="list-style-type: none"> im Vorhabenbereich dauerhaft

3 Methodik

Es erfolgte eine einmalige Begehung zur Erfassung der vor Ort gegebenen Strukturen. Dabei wurden potenzielle wie aktuell von Individuen der betrachteten Artengruppen in Nutzung befindliche Quartiere gesucht bzw. eingeschätzt, inwiefern die Vorhabenfläche für eine Nutzung als Jagd-, Nahrungs- oder Quartierhabitat geeignet ist. Die Bewertung der Vorhabenfläche als Lebensraum wird dann verbalargumentativ in Bezug auf das

Planvorhaben, die bestehende überplante Habitatstruktur und das zu erwartende Artenspektrum vorgenommen.

4 Ergebnisse und Bewertung

4.1 Brutvögel

Die auf der Vorhabenfläche wachsenden Gehölze sind durchweg relativ jung von geringem bis maximal mittlerem Stammholz bis etwa 30 cm Bruthöhendurchmesser (eine Birke und eine Eiche mit diesem Alter, s. Abbildung 4 und Abbildung 2). Es wurden keine Höhlen oder Rindentaschen als für Höhlenbrüter geeignete Niststruktur gefunden. Der Boden der Vorhabenfläche zeigt neben den Gehölzen keinerlei Krautschicht oder Unterholz. Ein spärlicher Rasen und Moosbewuchs ist zudem durch Überwegung durch Passanten zum Teil bis auf den offenen Erdboden reduziert, wodurch die Fläche auch als Nahrungshabitat zumindest am Boden nur geringe Eignung aufweist. Die Nähe zur Straße und zu Wohn- wie gewerblicher Bebauung bedeutet geringen Wert der Fläche für Arten, die nicht an menschliche Nähe und Lärm als Störfaktoren angepasst sind. Gehölzbrütende Vogelarten, die als Kulturfolger trotz solcherart Störung siedlungsnah Habitats besiedeln finden im Geäst der Bäume potenziell Niststätte und Lebensraum (Artenliste s. Tabelle 2). Es ließ sich eine auffällige Ansammlung von Vogelkot am Boden erkennen (s. Abbildung 5). Das deutet darauf hin, dass die Gehölze als Schlafbäume von Dohlen, Rabenkrähen oder ähnlicher in Gruppen ruhender Vögel genutzt wird.

Tabelle 2 Potenzielle Brutvogelarten im Bereich der Vorhabenfläche

Dt. Artname	Wiss. Artname	RL D	RLNds	BNatSchG
Amsel	<i>Turdus merula</i>	*	*	§
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	*	*	§
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>	*	*	§
Elster	<i>Pica pica</i>	*	*	§
Grünfink	<i>Chloris chloris</i>	*	*	§
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	*	*	§
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	*	*	§
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	*	*	§
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	*	*	§
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	*	*	§
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	*	*	§
Stieglitz	<i>Carduelis carduelis</i>	*	V	§
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	*	*	§

Erläuterungen Schutzstatus und Gefährdung in der Vorhabenfläche potenziell zu erwartenden europäischen Vogelarten

hellgrau hervorgehobene Zeilen: Strenger Schutz bzw. Rote-Liste-Status ab Kategorie V und höher. Dunkelgrau hervorgehobene Zellen: Wertgebender Erfassungstatus in Kombination mit wertgebendem Rote-Liste-Status (jeweils neue RL: Krüger & Sandkühler, 2021)

Der Hinweis auf den alten/neuen Rote Liste-Status erfolgt bei Arten, deren Status sich innerhalb der neuen Roten Liste Nds. verändert hat.

RL - Nds.: (alt): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvogelarten (Krüger & Nipkov 2015) (neu): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvogelarten (Krüger & Sandkühler 2021), **RL D:** Rote Liste der in Deutschland gefährdeten Brutvogelarten (Ryslavy et al. 2021), **Region** = Rote Liste Niedersachsen Tiefland West, **Gefährdungsgrad:** 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Vorwarnliste, * = ungefährdet. **BNatSchG:** § = besonders geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG, §§ = streng geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG

4.2 Fledermäuse

Die Vorhabenfläche weist eine geringe allgemeine Eignung als Jagdhabitat für die in Siedlungsbereichen verbreiteten Fledermausarten auf (s. Tabelle 3). Ein überdurchschnittliches Aufkommen von Beuteinsekten ist aufgrund der gering ausgeprägten Krautschicht, der von Passanten frequentiert begangenen und daher verdichteten Fläche und keiner unmittelbaren Nähe zu Gewässern nicht zu erwarten. Potenzielle Quartierstrukturen wie Spechthöhlen, Astausfaltungen oder Rindentaschen ließen sich innerhalb des Baumbestands auf der Vorhabenfläche nicht nachweisen. Für solcherart Strukturen ist der Baumbestand überwiegend zu jung und vital. Sofern Spechte nicht die Vorarbeit geleistet haben, sind in Gehölzen mit geringem Stammdurchmesser durch Astabbrüche meist noch keine geeigneten Ausfaltungshöhlen entwickelt.

Tabelle 3: Artenliste der im Bereich der Vorhabenfläche potenziell jagenden Fledermausarten

Art, Schutzstatus und Artkürzel	Quartiere in	Jagdhabitat
Breiflügelfledermaus (<i>Eptesicus serotinus</i>) FFH Anhang IV, Rote Liste D: V, Nds.: 2	Sommer wie Winter in Spalten, in/an Gebäudedächern, Scheunen	jagt großräumig strukturgebunden, Wallhecken, Waldränder, Siedlungen
Zwergfledermaus (<i>Pipistrellus pipistrellus</i>) FFH Anhang IV, RL D: -, Nds.: 3	Sommer wie Winter in Spalten, in/an Gebäuden, Scheunen	strukturgebunden, vegetationsnah, oft gewässernah
Rauhautfledermaus (<i>Pipistrellus nathusii</i>) FFH Anhang IV, Rote Liste D: G (gefährdete wandernde Art), NDS: 2	Sommerquartiere in Spalten in Bäumen, Spechthöhlen, Fledermauskästen, Winterquartiere in Baumhöhlen, Holzstapeln und Gebäuden	Halbopenland, Siedlungen, strukturgebunden, vegetationsnah

Erläuterungen: Rote Liste BRD Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands (Meinig et al. 2020) Rote Liste NDS Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten (HECKENROTH et al. 1993)
Gefährdungskategorien: V = Vorwarnlist, 3 = gefährdet, 2 = stark gefährdet. * = ungefährdet, G = Gefährdung unbekannten Ausmaßes, D = Datenlage unzureichend

Erläuterungen: Rote Liste BRD Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands (Meinig et al. 2020) Rote Liste NDS Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten (HECKENROTH et al. 1993)
Gefährdungskategorien: V = Vorwarnlist, 3 = gefährdet, 2 = stark gefährdet.
* = ungefährdet, G = Gefährdung unbekannten Ausmaßes, D = Datenlage unzureichend

5 Rechtliche Grundlagen

Artenschutzrechtliche Verbote

Die planungsrelevanten speziellen artenschutzrechtlichen Verbote sind in § 44 Abs. 1 BNatSchG formuliert. Danach ist es verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs-, und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand einer lokalen Population einer Art verschlechtert;
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten unter bestimmten Voraussetzungen Einschränkungen der speziellen artenschutzrechtlichen Verbote:

Für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten für die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote folgende Maßgaben: Sind in Anhang IV a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Falls erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten diese Maßgaben entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- oder Vermarktungsverbote vor.

Anwendungsbereich

Die Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes zum Artenschutz unterscheiden zwischen besonders geschützten Arten und streng geschützten Arten. Alle streng geschützten Arten sind zugleich als deren Teilmenge auch besonders geschützte Arten. Welche Arten zu den besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten bzw. den streng geschützten Arten zählen, ist in § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG bzw. der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV 2005), Anlage 1 Spalte 2 und 3 geregelt:

- **streng geschützte Arten:** Arten, die in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (EG Handel-Verordnung 1996), in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie - FFH-RL) genannt sind sowie die Arten nach Anlage 1, Spalte 3 der BArtSchV.
- **besonders geschützte Arten:** Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang A oder Anhang B der Verordnung (EG) Nr. 338/97 aufgeführt sind, die europäischen Vogelarten im Sinne des Artikels 1 der Vogelschutzrichtlinie (VS-RL), die Arten nach Anlage 1, Spalte 2 der BArtSchV sowie die streng geschützten Arten (s.o.).

In § 44 Abs. 5 BNatSchG wird der Anwendungsbereich der Verbotstatbestände für nach § 17 BNatSchG zugelassene Eingriffe sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässige Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG auf europäische Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-RL sowie solche Arten eingeschränkt, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG¹ aufgeführt sind. Zudem liegt danach kein Verstoß gegen § 44 Abs. 3 BNatSchG vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten – ggf. unter Hinzuziehung vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen – im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Ausnahme- und Befreiungsmöglichkeiten

Sofern Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG einschlägig oder deren Einschlägigkeit nicht sicher auszuschließen sind, wird für diese jeweils untersucht, ob die Voraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG vorliegen. Im folgenden sind das Fehlen einer zumutbaren Alternative, die Aufrechterhaltung des (günstigen) Erhaltungszustands einer Art sowie zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses.

Ergänzung zum Tötungsverbot

Bei der Feststellung, ob § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) einschlägig ist, ist zu beantworten, ob es durch das geplante Vorhaben zu einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko für die untersuchungsrelevanten Arten kommt. Die Prognose einer vorhabenbedingt er-

¹ Eine Rechtsverordnung liegt bisher nicht vor.

höhten Mortalität erfolgt einzelfallbezogen anhand der Vorhabenauswirkungen und der betrachteten geschützten Arten und ihrer Ökologie.

BMVI (2020, S. 27, 28) formuliert dazu wie folgt: *„Das Tötungsverbot ist grundsätzlich individuenbezogen. Dennoch stellt nicht jede mögliche Verletzung oder Tötung eines geschützten Tieres eine Verbotsverletzung dar. Sofern alle zumutbaren Maßnahmen zur Vermeidung von Individuenverlusten umgesetzt werden, wird das Tötungsverbot durch ein Vorhaben nur dann verletzt, wenn sich das Tötungs- und Verletzungsrisiko über das ohnehin bestehende allgemeine Lebensrisiko des Tieres hinaus signifikant erhöht. (...) Von einer Erhöhung „in signifikanter Weise“ kann in der Regel ausgegangen werden, sofern es um Tiere solcher Arten geht, die aufgrund ihrer Verhaltensweisen gerade im Bereich des Vorhabens ungewöhnlich stark von den Risiken des vorhabenbedingt entstehenden Betriebs oder von den Bau- und Nutzungsmaßnahmen betroffen sind [z.B. durch bedeutende Wanderwege, traditionelle Flugstrecken oder anderweitig bedeutende Vorkommen empfindlicher Arten (z.B. essentielle Nahrungsgebiete) im vorhabenbedingten Wirkungsbereich] und sich diese besonderen Risiken durch die konkrete Ausgestaltung des Vorhabens einschließlich geplanter Vermeidungsmaßnahmen nicht beherrschen lassen.“*

Ergänzung zum Störungsverbot

Mit den Urteilen des EuGH vom 04.03.2021 in der Rechtssache Skydda Skogen (C-473/19 und C-474/19) entstanden nationalrechtliche Unsicherheiten bei der Anwendung des § 44 BNatSchG. Der EuGH widerspricht in diesen Urteilen der rein populations- und erhaltungszustandsbezogenen Betrachtungsweise des BNatSchG in Bezug auf das Störungsverbot (Zugriffsverbot Nr. 2) in Bezug auf Anhang IV-Arten. Demnach kann das Störungsverbot für Anhang IV-Arten bereits im Einzelfall erfüllt sein, wenn ein einzelnes Individuum einer Art gestört wird, auch wenn keine Auswirkungen auf die lokale Population der Art bzw. den Erhaltungszustand zu erwarten sind. Für alle weiteren europäischen Vogelarten wird hingegen angenommen, dass die bisherige Rechtspraxis weiterhin gilt und der Erhaltungszustand der lokalen Population Prüfmaßstab ist ².

Analog der Prüfpraxis zum Tötungsverbot wird auch für das Störungsverbot nachfolgend eine Relevanzschwelle angenommen, an der das Eintreten des Verbotstatbestands für Anhang IV-Arten gemessen wird. Die Schwelle wird überschritten, wenn es zu einer signifikanten Erhöhung des vorhandenen sozialadäquaten Risikos kommt, gestört zu werden. Im Folgenden wird jede Tätigkeit, welche zu

- einer Verringerung der Fitness (Verringerung der Überlebenschancen, des Fortpflanzungserfolgs oder der Fortpflanzungsfähigkeit) eines Individuums einer Anhang IV-Art

führt, als tatbeständig im Sinne der EU-Kommission (2021, S. 31 ff.) und damit in diesem Gutachten vorsorglich als „erhebliche Störung“ definiert.

Im Rahmen des vorliegenden Gutachtens erfolgt zunächst hilfsweise eine individuenbezogene Sachverhaltsermittlung (Konfliktbeschreibung) und -bewertung. In einem zweiten Schritt erfolgt ergänzend gemäß der geltenden Anforderungen des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG die Konfliktbewertung auf der Ebene der „lokalen Population“ der betroffenen Art.

Ergänzungen zum Schutz von Lebensstätten

In welchem Fall eine Fortpflanzungs- und Ruhestätte dem Schutz des Art. 12 Abs. 1 lit. D FFH-RL bzw. in Umsetzung dessen § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG unterliegt, liegt eine Gerichtsentscheidung des EuGH vor (Rechtsache C-357/20 vom 28.10.2021). Danach ist auch von einem Eintreten des Verbotstatbestands auszugehen, wenn die Zerstörung eine zwar aktuell nicht genutzten Fortpflanzungs- und Ruhestätte betrifft, jedoch aber eine „hinreichend

² Dazu führt Lau (2021, S. 462) wie folgt aus: *„Da sich der EuGH im Urteil vom 4. 3. 2021 lediglich zu Art. 12 FFH-RL äußerte, können dem Urteil zunächst auch nur Aussagen zum Schutz der in Anhang IV der FFH-Richtlinie gelisteten Arten entnommen werden. In Bezug auf die europäischen Vogelarten fehlt es hingegen nicht nur aufgrund fehlender Einlassungen des EuGH hierzu an jeglichen Anhaltspunkten für einen Individuenbezug des Störungsverbots. Verbieta doch Art. 5 lit. d) VRL die Störung von Vögeln nur, sofern sich diese Störung auf die Zielsetzung dieser Richtlinie erheblich auswirkt.“*

hohe Wahrscheinlichkeit“ besteht, dass die Art an diese Ruhestätte zurückkehrt (Rn. 43 des Urteils).

6 Artenschutzrechtlichen Prognose

Im Ergebnis der Begehung und Potentialabschätzung sind Fledermäuse und Brutvögel potenziell von den Wirkungen des Vorhabens betroffen. Im Folgenden wird betrachtet, inwiefern die Vorhabenwirkungen Verbote nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 i.V.m. 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG auf die prüfungsrelevante Arten auslösen können.

6.1 Prognose Vorhabenwirkungen

Tabelle 4 führt auf, welche Vorhabenwirkungen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auf welche Arten/ Artengruppen auslösen können.

Tabelle 4 Auslösung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG

Art/ Artengruppe	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - baubedingt		
	bauzeitliche Schallimmissionen, visuelle Wahrnehmung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen	
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§)	ja	ja	ja
Fledermäuse (§§)	nein	nein	ja
	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - anlagebedingt		
	visuelle Wahrnehmung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen	
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§)	ja	nein	nein
Fledermäuse (§§)	nein	nein	nein
	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - betriebsbedingt		
	Schallimmissionen, visuelle Wahrnehmung		
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§)	ja	nein	ja
Fledermäuse (§§)	ja	nein	nein

Erläuterung: Art/Artengruppe: § = besonders geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG, §§ = Streng geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG

6.2 Brutvögel

Gegenstand der artenschutzrechtlichen Betrachtung sind hier alle europäischen (wildlebenden, heimischen) Vogelarten.

Da bei euryöken, landes- und bundesweit ungefährdeten, wenig Störungsanfälligen und ubiquitären Arten wie z.B. Amsel, Buchfink, Blaumeise oder Zilpzalp keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten sind, ist es in der Planungspraxis üblich, diese Arten nur im Hinblick auf § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 (Tötung) und § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 3 (Verlust von Lebensstätten) in der artenschutzrechtlichen Prüfung weiter zu betrachten. In Bezug auf § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 2 (Störung) finden Auswirkungen auf diese sogenann-

ten Allerweltsarten über den flächenbezogenen Biotoptypenansatz der Eingriffsregelung (einschließlich Vermeidung und Kompensation) hinreichend Berücksichtigung (vgl. Kap. 5). Der Vorhabenfläche kommt keine besondere Bedeutung für Brutvögel zu. Alle der in der Tabelle 3 aufgeführten Arten sind weit verbreitet und häufig. Es handelt sich um überwiegend anpassungsfähige Arten, die häufig in siedlungsnahen Gehölzen brüten. Die in der Vorhabenfläche stehenden Bäume sind vom Vorhaben betroffen. Das stellt eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die erfassten Brutvogelarten dar. Vögel (besonders Eier und Jungtiere), die sich in den Nestern befinden, können bei den Arbeiten zur Baufeldvorbereitung verletzt oder getötet werden, wodurch potenziell ein Verbotstatbestand des Tötungsverbots nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 zutreffen kann.

Baubedingte Störungen durch Schallimmissionen und visuelle Wahrnehmung im Sinne des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) sind möglich aber unwahrscheinlich, da sich die Vorhabenfläche inmitten von Verkehrsflächen und Gewerbebebauung befindet. Von einer Vorbelastung bzw. Gewöhnung an Lärm und Anwesenheit von Menschen ist daher auszugehen. Das ist auch für die Dohlen oder Rabenkrähen, die die Bäume auf der Vorhabenfläche als Schlafbäume nutzen, anzunehmen.

Auch der Verlust von Lebensstätten im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG kann vorab nicht ausgeschlossen werden. Dieser Punkt wird allerdings erst dann einschlägig, wenn eine „hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit“ besteht, dass die Art an ihre Ruhe oder Vermehrungsstätte zurückkehrt (vgl. Kap. 5). Innerhalb der Vorhabenfläche sind bis auf die Dohlen/Rabenkrähen keine Arten zu erwarten, bei denen eine hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit gegeben ist, dass die Art an ihre Ruhe oder Vermehrungsstätte zurückkehrt (s. Tabelle 2). Letztere werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zum jetzigen Zeitpunkt schon die in unmittelbarer Nähe verbleibenden Gehölze des Stadtparks als Schlafbäume nutzen und durch die Entfernung der Bäume auf der Vorhabenfläche einen Lebensstättenverlust in unerheblichem Maße erfahren.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist unter Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen näher zu betrachten.

6.3 Fledermäuse

Die Eignung der Vorhabenfläche als Fledermauslebensraum erstreckt sich auf Jagdaktivitäten von geringer Bedeutung entlang der Gehölze. Die zu erwartenden Arten sind als Kulturfolger vergleichsweise unempfindlich gegenüber anthropogenen Störungen. Eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die zu erwartenden Fledermausarten (s. Tabelle 3) stellt die für das geplante Vorhaben notwendige Fällung der Gehölze nicht dar, da der Baumbestand ohne Quartierpotenzial ist und da Tötungen in Bezug auf die Vorhabenauswirkungen nur im Bereich von Quartieren geschehen können. Ein Verbotstatbestand des Tötungsverbots nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1. ist daher auszuschließen. Ein Verlust von Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist auszuschließen, da die Vorhabenfläche über eine zu erwartende allgemeine Flugaktivität als Jagdgebiet keine hervorzuhebende Eignung aufweist (s. 4.2). Eine Störung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG von nächtlich jagenden Fledermäusen kann ausgeschlossen werden, da Schall- und Lichtimmissionen durch auf der Vorhabenfläche geplante Struktur im Umfeld der Vorhabenfläche als Vorbelastung und Gewöhnungsfaktor bereits vorliegen.

6.4 Vertiefende Prognose

Kapitel 6.1 begründet einzig den nicht auszuschließenden Punkt zu erwartender artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände beim Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 BNatSchG für Brutvögel zur näheren Untersuchung.

6.4.1 Brutvögel

Verbotstatbestand nach § 44 Abs 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung)

Betrachtungsrelevant sind Verluste von Elterntieren, Eiern oder nicht flüggen Jungvögeln während der Baufeldräumung innerhalb des Baumbestandes, wenn diese während der Brutzeit der vorkommenden Vogelarten durchgeführt werden. Durch eine Bauzeitenbeschränkung und/oder ökologische Baubegleitung lassen sich Tötungen vermeiden.

Die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird unter Berücksichtigung der Maßnahme zur Vermeidung bzw. Verminderung der Auswirkungen ausgeschlossen.

Maßnahmen zur Vermeidung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG

Zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) wird folgende Maßnahmen notwendig:

- Erforderliche Baufeldräumung und Gehölzentfernung hat außerhalb des Zeitraumes 1. März bis zum 31. September (Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen gem. § 39 BNatSchG) zu erfolgen (Bauzeitenbeschränkung).
- Erfolgen die Baufeldräumung; Rückbau und Gehölzentfernung während der Brutzeit, hat vor Beginn der Arbeiten zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) für potenziell brütende Vogelarten eine Überprüfung auf Nester bzw. nistende Brutvögel im Vorhabenbereich durch eine ökologische Baubegleitung zu erfolgen.

7 Fazit und Ergebnis

Durch das geplante Vorhaben des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 23/II, der Errichtung einer Anlage mit Ladestationen für E-Mobilität am Deverweg in Papenburg, ist das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Sinne des § 44 Abs. 1 bis 3 BNatSchG nicht ohne detaillierte Betrachtung auszuschließen. Aus diesem Grund wurde in Kap. 6.1 aufgeführt, welche Auswirkungen auf Brutvögel und Fledermäuse durch die Planung auftreten können (Prognose).

Im Rahmen der Prognose der durch das Vorhaben zu erwartenden artenschutzrechtlichen Konflikte ließ sich bei Brutvögeln das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände i.S. des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht ausschließen (s. Kapitel 6.2). Unter **Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung** (Bauzeitenbeschränkung / ökologische Baubegleitung) ist für die in der Vorhabenfläche zu erwartenden europäischen (wildlebenden, heimischen) Vogelarten jedoch kein Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG zu erwarten.

Für Fledermäuse kann das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Sinne des § 44 Abs. 1 bis 3 BNatSchG ausgeschlossen werden (s. Kapitel 6.3).

Die Ausarbeitung von Potenzialabschätzung und artenschutzrechtlicher Prognose der Auswirkungen des Planvorhabens wurde nach bestem Wissen und Gewissen und mit größter Sorgfalt erstellt. Der Beitrag besteht aus 9 Seiten, Literaturverzeichnis und 3 Seiten Bildanlagen (Gesamtseitenzahl: 13 Seiten).

Unterschrift



Christian Wecke

8 Literaturverzeichnis

Gesetze

- BArtSchV, 2005. Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) vom 16.02.2005 (BGBl. I S. 258, 896) zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 21.01.2013 (BGBl. I S. 95).
- BNatSchG, 2019. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des 4. BNatSchGÄndG vom 20. 07.2022 (BGBl. I S. 1362) geändert worden ist.
- LNatSchG NRW. Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften. Vom 15. November 2016, GV.NRW. S. 933 - 964.

Literatur

- Bauer, H.-G.; Bezzel, E.; Fiedler, W. 2005. Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas.
- Behm, K. & Krüger, T. (2013): Verfahren zur Bewertung von Vogelbrutgebieten in Niedersachsen, 3. Fassung, Stand 2013
- Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bonn 2020: Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien, 2020. Rote Liste und Gesamtartenliste der Amphibien (Amphibia) Deutschlands. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (4): 86 S.
- Dietz, C., Helversen, O. & Nill, D. 2007. Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas
- Drachenfels, O. v., 2020. Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand Februar 2020, Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen. Hannover.
- FFH-RL, 2006. Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, zuletzt geändert durch Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20. November 2006 am 20.12.2006.
- Gassner, E., Winkelbrandt, A., Bernotat, D., 2010. UVP und Strategische Umweltprüfung. Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. ed. C. F. Müller, Heidelberg [u.a.].
- Grüneberg, C., Bauer, H.-G., Haupt, H., Hüppop, O. Ryslavy, T. & Südbeck, P. 2015. Rote Liste der Vögel Deutschlands 5. Fassung, 30. November 2015. Ber. Vogelschutz 52, 19-67.
- Haupt, H., Ludwig, G., Gruttke, H., Binot-Hafke, M., Otto, C. & Pauly, A. (Red.) (2009). Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands
- Heckenroth, Hartmut et al., 1991, Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten [= Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 13. Jg, Nr. 6]. Niedersächsisches Landesamt für Ökologie (NLÖ), Hannover 1993, S. 221-226
- Krüger, T. & Nipkov, M. 2015. Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel. Inform. d. Natursch. Niedersachsen 4, 182-254.
- Meinig, H.; Boye, P., Dähne, M., Hutterer, R. & Lang, J. (2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (2): S. 73
- NLWKN, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Naturräumliche Regionen in Niedersachsen, Abruf Datenserver am 08.7.2020
- NMU, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Umweltkarten. Abruf am 08.07.2020: http://www.umweltkarten-niedersachsen.de/GlobalNetFX_Umweltkarten/
- NLWKN (Hrsg.), 2016. In Niedersachsen vorkommende Arten der Anhänge II und IV der FFH-Richtlinie.
- NLWKN, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz. 2010b. Verzeichnis der in Niedersachsen besonders oder streng geschützten Arten - Tabelle Teil A: Wirbeltiere, Pflanzen und Pilze. Stand 01.11.2008 (Korrigierte Fassung 01.01.2010). Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Hannover / Niedersachsen.
- VS-RL, 2009. Richtlinie 2009/147/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten. (Vogelschutzrichtlinie).

9 Anhang

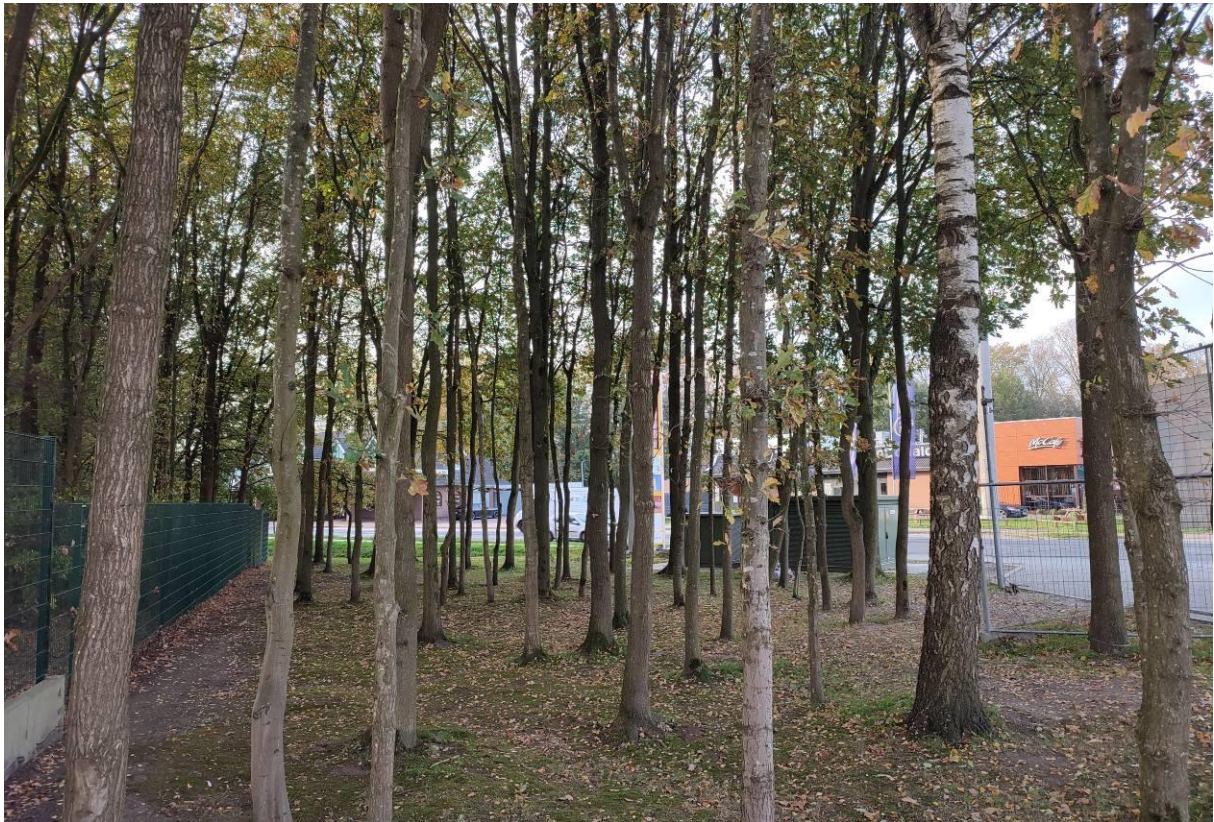


Abbildung 2 Übersicht über die Vorhabenfläche von Osten

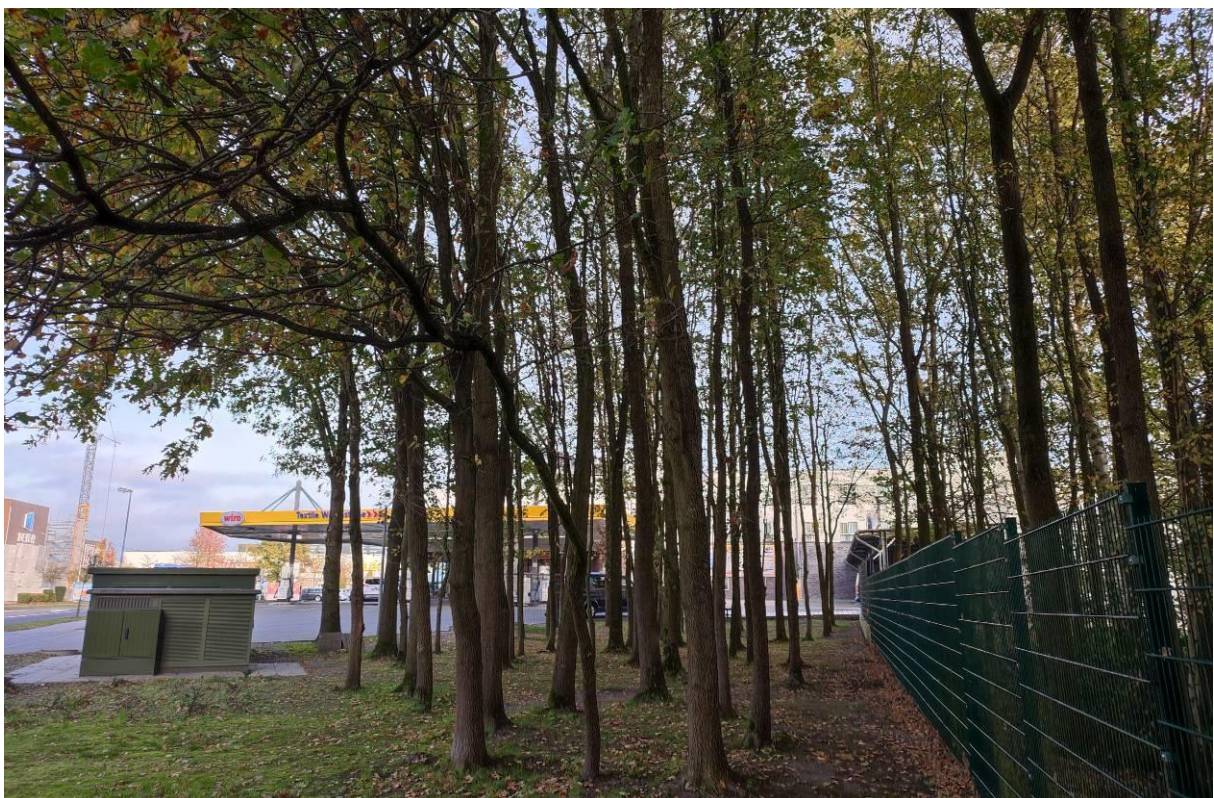


Abbildung 3 Übersicht über die Vorhabenfläche von Westen



Abbildung 4 Birke mittleren Stammholzes



Abbildung 5 flächig verteilter Vogelkot